

Die englische Thronrede

gr London, 12. Febr. Die Parlamentssession wurde heute vom König und der Königin unter Beobachtung der üblichen Zeremonien eröffnet. Die Thronrede lautet: „Meine Lords, meine Herren! Die Kriegsnotwendigkeiten lassen es unerlässlich erscheinen, daß Sie nach kurzer Pause wieder zu Beratungen zusammenberufen werden. Die Ziele, wofür ich und meine Verbündeten kämpfen, werden kürzlich in einer Erklärung von meiner Regierung dargelegt, die die entscheidende Zustimmung meiner Völker im ganzen Reiche fanden und die eine gerechte Grundlage für die Beilegung des gegenwärtigen Kampfes, die Wiederherstellung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens schaffen. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechten Forderungen nach Wiedergutmachung der begangenen Unthaten und nach Garantien gegen ihre unprovokierte Wiederholung. Ihre Wortführer weigern sich für ihre Person, irgendwelche Verpflichtungen anzuerkennen, und verneinen die Gleichheit, die berechnete Freiheit der andern. Bis zur Anerkennung der einzigen gerechten Grundlage, auf der ein gerechter, ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen. Ich begehe volles Vertrauen, daß meine Streitkräfte im Feld in enger Zusammenarbeit mit denen meiner treuen Verbündeten denselben heroischen Mut und meine Völker in der Heimat die selbsteigere Hingabe an den Tag legen werden, die bereits so viele Pläne der Feinde vereitelt, und daß sie den schließlich triumphierenden gerechten Sache sichern werden. Ich habe die Vertreter meiner Dominions und meines indischen Kaiserreiches zu einer weiteren Session des königlichen Kriegsrates eingeladen, um wiederum ihre Ratsschlüsse in wichtigen, die gemeinsamen Interessen des Reiches berührenden Fragen zu erhalten. Meine Herren vom Unterhaus! Sie werden aufgefordert werden, für die Erfordernisse der Streitkräfte und für die Stabilität unserer nationalen Finanzen entsprechend vorzusorgen. Meine Lords und meine Herren! Der Kampf, in den wir verwickelt sind, hat ein kritisches Stadium erreicht, das mehr denn je unsere Energie und unsere Hilfsmittel beansprucht. Ich empfehle Ihrem Patriotismus vertrauensvoll die Maßregeln, die Ihnen vorgelegt werden, an. Der allmächtige Gott möge Ihre Arbeit segnen!“

gr Amsterdam, 13. Febr. „Nieuws van der Dag“ schreiben zu der Rede Lloyd Georges: Die Debatten, welche gestern im Unterhause gehalten wurden, verkörpert eine Revolution, welche man von Neben der gewöhnlich sich gut behaltenden englischen Staatsmänner nicht gewöhnt ist.

Der russische Staatsbankrott

Die Meldung von der bedingungslosen Annulierung aller ausländischen Staatsanleihen scheint jetzt in offizieller Form vorzuliegen, nachdem schon vor einiger Zeit auf Veranlassung Lenins eine solche Maßregel angekündigt worden war. Gleichzeitig wird ein Dekret über die Konfiskation der Aktienkapitale der Privatbanken angekündigt. Die deutschen Gläubiger werden also durch diese neuerliche Mitteilung nicht ganz unvorbereitet getroffen, was freilich nicht verhindert, daß die Meldung eine neue erste Beunruhigung hervorgerufen wird. Nach den bisherigen, möglichst eingehenden Schätzungen, die aber auf unbedingte Richtigkeit keinen Anspruch erheben können, wird der Betrag der noch in Deutschland gehaltenen russischen Staatsanleihen und Eisenbahnprioritäten auf 1100 Millionen Mark beziffert. Die seit Anfang des Krieges unbezahlt gebliebenen Zinsen dürften auf etwa 250 Millionen Mark zu schätzen sein. Da auch die Konfiskation der Bankkapitalien angedroht ist, so kämen dabei einschließlich der hinzugetretenen Reserven wohl 20 Millionen Mark als deutscher Besitz in Betracht. Als Gegenposten kämen russische Vermögensbestandteile in Deutschland in Betracht, deren Höhe jedoch gegenüber den vorgenannten Beträgen nicht sonderlich ins Gewicht fällt und nur einen Teil der aufgelaufenen Zinsverluste zu bedenken in Betracht ist. Besteht nun für die deutschen Gläubiger die Befürchtung eines totalen Kapitalverlustes? Unter dem gegebenen Vorbehalt möchte der „Tag“ diese Frage verneinen. Abgesehen davon, daß wir dank unserer Kriegserfolge außerordentlich wertvolle Faustpfänder im russischen Reiche in Händen haben, ist auch gute Aussicht vorhanden, bei dem bevorstehenden Friedensschlusse zu finanziellen Auseinandersetzungen zu gelangen, die den deutschen Interessen nach Möglichkeit gerecht werden. Die bezüglichen Abmachungen mit der Ukraine werden da vorbildlich sein. Da Rußland zu seiner Wiederherstellung des ausländischen Kredits bedarf, wird es später seine Schuld auch anerkennen und seinen diesbezüglichen Verpflichtungen nachkommen müssen. Die Schulden Rußlands bei der Entente betragen 40 Milliarden, wovon die Hälfte auf Frankreich aus der Zeit vor 1914 entfällt.

Eine Erklärung Trotskis

gr In einer langen Rundgebung an das russische Volk gibt Trotski die Beendigung des Kriegszustandes mit den Zentralmächten bekannt. Wie die „Nouvelle Correspondence“ behauptet, heißt es in der Rundgebung u. a.: „Genossen! Die Friedensverhandlungen sind zu Ende. Deutschland und Oesterreich wollen über die Gebiete und ihre Bevölkerung, die sie sich mit Waffengewalt angeeignet haben, herrschen. Die russische Volkswirtschaft der Arbeiter und Bauern kann ihre Zustimmung hierzu nicht geben. Einen solchen Frieden können wir nicht unterzeichnen. Wir wollen aber und wir können auch nicht den Krieg fortsetzen, der durch eine Vereinigung von Machthabern und Kapitalisten heraufbeschworen wurde. Im Namen der Regierung der Sowjets, der Volkskommissare und der russischen Republik bringen wir den Regierungen der mit uns im Kriege stehenden Völker, ebenso den neutralen Ländern zur Kenntnis, daß wir uns weigern, ein Annelionsabkommen zu unterzeichnen und daß Rußland seinerseits den Kriegszustand mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien für beendet erklärt. Gleichzeitig erhalten die russischen Truppen den Befehl, auf allen Fronten vollständig zu demobilisieren.“

Die Kaba verlegt ihren Sitz!

gr Wien, 13. Febr. Die Blätter melden: Die ersten Folgen des Friedensschlusses mit der Ukraine machen sich bemerkbar. Die Kaba hat ihren Sitz nach Schitomir verlegt und die direkte Verbindung mit uns hergestellt. Es ist sehr zu hoffen, daß durch diese örtliche Näherbringung eine beschleunigte Abwicklung aller im Verhandlungswege festgelegten Abmachungen erfolgen wird.

England erkennt den ukrainischen Frieden nicht an gr London, 13. Febr. Dem kaiserlichen Büro ist mitgeteilt worden, daß die englische Regierung sich nicht für

gebunden hält, den zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und den anderen Unterzeichnern mit der Ukraine geschlossenen Frieden anzuerkennen.

Wilson will über die Ukraine sprechen gr Der Pariser „Gerald“ berichtet aus New York, über den Friedensschluß der Mittelmächte mit der Ukraine, sowie in ihm das Selbstbestimmungsrecht eines befreiten Volkes zum Ausdruck kommt, wird der Präsident in einer neuen Botschaft an den Kongreß sprechen.

Die Massendefektionen im russischen Heer gr Die russische Press-Korrespondenz in der Schweiz meldet, daß die Massendefektionen in der russischen Armee nunmehr einen katastrophalen Umfang angenommen haben, indem die Zahl der Regimenter der Spezialeinheiten, der Maschinengewehr-Abteilungen, der Bombenwerfertruppen mit jedem Tag mehr zusammenschmelzen. Die Verbindung mit dem bisherigen Hauptquartier der Armee-Oberkommandos in Nowotwiz sei zuletzt mit Hilfe von Fluggespannen aufrechterhalten worden, da der Telegraph versage. Längs der österreichischen Grenze ziehen sich endlose Linien von Truppen hin, teils Maximalisten, teils Ukrainer, teils Kosaken. In der Gegend von Swerik fand dieser Tage ein Zusammenstoß zwischen russenfreundlichen und bolschewistischen Truppen statt.

Rumänien gr zu Berlin, 14. Febr. „Nach dem „Volans“ soll die rumänische Regierung von den Gesandten der Entente in Jassy auf die weittragenden Folgen einer Abweisung von der gemeinsamen Politik hingewiesen worden sein. Die neue rumänische Regierung habe die Mitteilung der Gesandten zur Kenntnis genommen, eine Gegenklärung wurde aber nicht abgegeben. Der Londoner „Morning Post“ zufolge, soll der private Telegrammverkehr zwischen Großbritannien und Rumänien seit Montag eingestellt sein. „In der „Welt“ Loge“ wird gesagt: Nicht das Kriegsende ohne Frieden, wohl aber der endgültige Frieden des Vierbundes mit der Ukraine wird aller Wahrscheinlichkeit nach Rumänien zwingen, nunmehr die durch Feldmarschall von Radenski dargebotene Friedenshand innerlich dankbar anzunehmen. Die rumänische Armee ist strategisch in einer Lage, welche die Fortsetzung des Kampfes zu einem Selbstmord stempeln würde.

gr Stockholm, 13. Febr. „Autonbladet“ berichtet aus Havaranda: Die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Schweden besteht unermindert weiter. Täglich werden neue Verbrechen verübt. Um die Toten für ihre Angehörigen unentgeltlich zu machen, werden ihre Leichter verbrannt. In Arvå bei Helsingfors verbrannte die Rote Garde die Anstalt der Ammunitien. Das Seinsjö wird dem gleichen schwedischen Blatte gemeldet, daß die Weihen Schutztruppen jetzt auch über einen Flieger verfügen. Dem Grafen Wannerheim haben ungefähr 200 russische Offiziere ihre Dienste angeboten, doch erklärte der General, daß er bei den finnischen Regierungstruppen grundsätzlich keine russischen Offiziere annehmen wolle, sie könnten nur als freiwillige Soldaten im Glibed Verwendung finden. Nach einem Telegramm aus Wasa an „Autonbladet“ hat das Bezirkskomitee von Helsingfors alle russischen Truppen aufgefordert, die Rote Garde zu unterstützen. Infolgedessen nehmen ganze Truppenabteilungen am Kampfe teil. Demgegenüber hat General Wannerheim eine Proklamation erlassen, daß für jeden ermordeten Finnen drei Russen hingerichtet werden sollen. Jeder Soldat in Zivil wird als Spion erwischt. In Helsingfors wurde ein revolutionäres Gericht eingesetzt, welches die Beamten mit Todesstrafe bedroht, falls sie ihren Dienst nicht versehen wollen.

gr Stockholm, 13. Febr. Infolge der Berichte über die Unruhen auf Island und die Heberlärt schwedischer Untertanen nach Signibladar wird eine Expedition ausgerüstet. Ein großer Eisbrecher geht heute ab. gr Sofia, 13. Februar. Die finnischen Delegierten Nicola und Raitine wurden gestern vom deutschen Gesandten, Grafen v. Oberndorf, empfangen und reisten sobann, begleitet vom bevollmächtigten Minister v. Rosewin, ins Hauptquartier, wo sie vom Generalissimus Schelow begrüßt wurden, bei dem sie den Tee nahmen. Sie kehrten abends nach Sofia zurück und hatten heute vormittag dem deutschen Botschafter Baron Oberst v. Allow einen Besuch ab.

Demission des polnischen Kabinetts gr Warschau, 12. Febr. Wie die Blätter melden, fand gestern eine mehrstündige Sitzung des Ministerrats unter Vorsitz des Regentens statt. Gegenstand der Erörterungen waren die letzten politischen Ereignisse, insbesondere der Friedensvertrag mit der Ukraine. Am Abend hat Ministerpräsident Ruzarski dem Regentensrat die Demission des Kabinetts überreicht. „Gazeta Poronna“ zufolge wird Ruzarski dem Regentensrat heute in dieser Angelegenheit eine notifizierende Erklärung überreichen.

Sächsischer Landtag

gr Dresden, 13. Febr. 1918.

Zweite Kammer gr Zunächst teilt Abg. Donath (Konf.) mit, daß die Gesetzgebungsdeputation anstelle des aus der Kammer ausgeschiedenen Abg. Richter den Abg. Sindermann zum 2. Vorsitzenden gewählt habe. Hierauf werden mehrere Kapitel des Rechenenschaftsberichts mit den Übersetzungen nachträglich genehmigt. Weiter stehen zur Beratung die Kap. 29 und 30 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes betr. Landtagskosten und Stenograph. Landesamt. Die Kapitel werden nach der Vorlage verabschiedet. Es folgt Kap. 34 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes, Ordensangelegenheiten. Abg. Rißler (Nl.) wendet sich gegen die Art und Weise der Ordensverleihung, die nicht zum Gegenstand eines Geschäftes gemacht werden dürfe. Redner bringt verschiedene Wünsche vor betr. die Auszeichnung von Beamten und Kriegern, deren Erfüllung seiner Ansicht nach angebracht wäre, als die Verleihung eines sächsischen Ordens an den Abg. Erzberger. Abg. Roth (Fortschrittliche Sp.) Seine Freunde verwürfen die Orden nicht grundsätzlich, lehnten aber das Kapitel ab, weil sie vielfach nicht nach Verdienst verliehen würden und vielfach gesellschaftliche Differenzierungen stattfänden, die nicht vollständig seien. Abg. Philipp (Konf.) wünscht, daß von der Zentralstelle einheitliche Gesichtspunkte für die Verleihung aufgestellt werden. Der Reichstagsabgeordnete Dertel habe seinen Orden erhalten, obwohl er für Sachsen viel getan habe. Abg. Schiebeler (Nl.) gedenkt der in der Kriegsfürsorge Tätigen und bittet, mit dem Kriegsvordienstkreuz diejenigen auszuzeichnen, die sich in der städtischen und ländlichen Kriegsfürsorge aufopfernd bemühten. Abg. Träber (Konf.) tritt gleichfalls für eine bessere Verteilung der Orden ein. Kultusminister Dr. Bed. Die vom Kriegsministerium vorgeschlagene Auszeichnung für Erzberger sei für seine Förderung der sächsischen Verhältnisse innerhalb des sächsischen Militärates erfolgt. In keiner Zeit sei das Ordenswesen berücksichtigt, als in der jetzigen Kriegszeit. Jajor von Eichard: Die Handhabung der Ordensverleihung in den einzelnen Bundesstaaten habe sich aus der Praxis ergeben. Abg. Gantzer (Fortschrittliche Sp.) betont nochmals, daß seine Freunde die Kriegsauszeichnungen nicht ablehnten. Abg. Frähdorf (Soz.): Seine Freunde verurteilen grundsätzlich den Ordens-

streifung. Die Kriegsteilnehmer müßten entweder alle die gleiche Auszeichnung erhalten, oder keine. Das Kapitel wird hierauf mit 43 gegen 23 sozialdemokratische und fortschrittliche Stimmen angenommen.

Des weiteren wird über Kap. 93, Evang. Kirchen, verhandelt. Kultusminister Dr. Bed. verteidigt die Kirche gegen die Vorwürfe, die bei der allgemeinen Etablierung gegen sie erhoben wurden, und stellt im Einzelnen fest, wie die Kirchengemeinden sich an dem Preiswert während des Krieges beteiligt haben. Die Geistlichkeit habe sich nicht nur in der Heimat, sondern auch an der Front durchaus bewährt. Das Kapitel wird gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Ohne Aussprache werden die Einstellungen bei Kap. 67 des ordentlichen Staatshaushaltsplanes nach der Vorlage angenommen.

Es folgt die gemeinsame Beratung über die Kapitel des Rechenenschaftsberichts und des ordentlichen Staatshaushaltsplanes betr. Teuerungszulagen, sowie über das entsprechende Dekret und drei Anträge hierzu. Die Berichterstatter empfehlen die Annahme der Kapitel nach der Vorlage. Finanzminister von Seydewitz begründet nochmals ausführlich das Dekret über die Gewährung einmaliger Teuerungszulagen an Beamte und Diakone sowie laufender Teuerungszulagen an Beamte, Geistliche und Lehrer im Ruhestand und an die Hinterbliebenen. Abg. Singer (Nl.) begründet hierauf den national. Antrag auf Gewährung von Unterstützungen an die im Ruhestand lebenden Beamten, Lehrer und Geistlichen sowie ihre Hinterbliebenen. Die sächsische Regierung hätte sich der entsprechenden preussischen Vorlage anschließen sollen. Die Regierungsvorlage ist nur eine halbe Antwort auf einen Antrag. Abg. Wangel (F.) stimmt dem Dekret zu, ist aber im Gegensatz zum Vortrage der Meinung, daß für die Beamten bereits alles Mögliche geschehe. Es müßten auch Rücksichten auf die übrigen Steuerzahler genommen werden. Auch für die Arbeiter müßten die Teuerungszulagen einheitlich geregelt werden. Abg. Roth (Fortschrittliche Sp.) begründet seinen Antrag und begründet das Dekret, das allerdings etwas spät komme, mit Freunden. Einige in der Vorlage enthaltene Ungerechtigkeiten müßten in der Deputation beseitigt werden. Abg. Casan (Soz.) erklärt bei Begründung seines Antrages, das Dekret sei durchaus nicht geeignet, einzuwirken auf die bestehenden Verhältnisse zu schaffen. Seine Freunde müßten ihre Stellungnahme zur Vorlage von der Einbeziehung der Arbeiter in die Teuerungszulagen abhängig machen. Finanzminister v. Seydewitz erklärt: Die Grundzüge der Vorlage seien mit den Fraktionsvorständen durchbesprochen und von ihnen gutgeheißen worden. Weiter, als in dem Dekret vorgeschlagen werde, könne der Staat nicht gehen, denn auch die staatlichen Mittel hätten ihre Grenzen und der Steuerdruck dürfe nicht zu groß werden. Nach weiterer Aussprache werden die vorgeschlagenen Etatsüberfreitungen nachträglich genehmigt. Die Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltsplanes nach der Vorlage bewilligt und das Dekret betr. die einmaligen Teuerungszulagen sowie die drei Anträge an die Finanzdeputation A verwiesen.

Der Weltkrieg

Deutscher Abendbericht gr wtb Berlin, 13. Februar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Tagesbericht des Admiralkabes gr wtb Berlin, 13. Febr. (Amtlich.) Durch Vermittlung von 23000 Bunkertonsentonsen erklärt der Transportverkehr unserer Feinde im östlichen Mittelmeer erhebliche Einbuße. Es handelte sich hauptsächlich um nach dem Orient bestimmte Transporte. Den Hauptanteil an dem härtesten Gegenwehr zum Trost erzielten Erfolge hat Kapitänleutnant Stetj. 5 Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen, zwei davon unmittelbar vor dem Hafen von Alexandria. Unter den übrigen versenkten Dampfern befand sich das erst im Jahre 1916 gebaute Motorschiff „Glenanoy“ (7269 Br.-R.-T.). Ein Dampfer hatte Baumwolle nach Marseille geladen, die sich aus Ausschiffen zahlreicher an der Untergangsstelle treibender Baumwollballen ergab. An Segelschiffen wurden vernichtet die englischen Segler „Apostoles“, „Andreas“ und „Laxias“. Der Chef des Admiralkabes der Marine.

Wie der Mangel an Schiffsraum die Unterstützung Frankreichs durch überseeische Länder untergräbt, erhielt aus Len Verhandlungen der französischen Kammer vom 25. Januar Der Unterstaatssekretär Almeri erklärte, es sei ihm gelungen, den Frachtpreis von Frankreich nach Algier bedeutend herabzusetzen. Die neutrale Schiffsahrt habe aber daraufhin die Fahrten eingestellt, weil ihr der Höchstpreis zu niedrig sei. Die Schiffe aus dem fernen Osten müßten zurückgezogen werden. Den Verkehr mit Indochina vermittelt monatlich nur noch ein Dampfer, der aber nur noch bis Port Said fährt, dort die von japanischen oder neutralen Schiffen gebrachten Waren übernimmt und wieder umkehrt. Der Deputierte Bouffenois gab bekannt, daß am Jahresabschluss fast eine Million Ware, davon die Hälfte Nahrungsmittel und Kriegsgüter, in den fernen Kolonien unbedeutend liegen bleiben müßten. Er griff die französischen Redner auf das herzlichste an, weil sie aus Furcht vor Verlusten ihre Schiffe auslegen, um nach Kriegsende bessere Geschäfte zu machen. Durch die inzwischen erfolgte Ernennung Bouffenois zum Kommissar für Seetransporte gewinnen seine Ausführungen besonderes Gewicht.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht

gr wtb Wien, 13. Februar. Amtlich wird gemeldet:

Keine Kampfhandlungen von Bedeutung.

Westen

Ruhe vor dem Sturm gr w Lloyd George hat in seiner Antwort an Asquith bezüglich der Lage an der Westfront im Gegensatz zu seinen einmals so optimistischen Aussprüchen einen Pessimismus an den Tag gelegt, dem man deutlich die Absicht anmerkt, die Nation auf schlimme Vorkämpfen möglichst gefast zu machen. Wie auf ein gegebenes Signal beschäftigt sich nun die gesamte Londoner Presse mit den bevorstehenden Ereignissen an der französischen Front, da man in London allgemein der Ansicht ist, daß der erwartete deutsche Angriff in den nächsten Tagen seinen Anfang nehmen werde. Die „Times“ sprechen von der Ruhe vor dem Sturm, der nun bald losbrechen müsse. Die fieberhafte Spannung — so schreibt das Blatt — sei noch niemals durch so ungeheure Möglichkeiten gekennzeichnet gewesen wie jetzt. Alles rüste zum entscheidenden Kampfe und jede innere Unstimmigkeit müsse daher augenblicklich vergessen werden. Auch die Beobachtung des Hinterlandes müsse einig zusammenstehen, damit